„Wir brauchen ein Aufholpaket für die versäumte Sozial-, Familien- und Bildungspolitik.“ Das sagt der (Kinder-)Politikwissenschaftler **Michael Klundt** in einem zweiteiligen Interview mit den NachDenkSeiten. Am Umgang der Weichensteller mit den Kindern, Jugendlichen und Familien in der Pandemie lässt Klundt kein gutes Haar. „Die nun etwa für Hessens Schulkinder geplanten ‚Lern-Camps‘ während der Ferien wären wahrscheinlich genau der richtige Ort für die Mitglieder des Bundeskabinetts und der Landesregierungen, um ihre jahrelangen Versäumnisse im Bildungsbereich aufzuarbeiten“, sagt Klundt. Von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/210720_Kinder_in_der_Pandemie_Instrumentalisierung_pur_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

**Herr Klundt, bei unserem letzten Interview im Dezember sagten Sie, dass die Kinder und Jugendlichen am stärksten von den Corona-Maßnahmen betroffen sind. Mittlerweile gab es Berichte sowohl aus Österreich als auch aus Deutschland, wonach es in den Kinder- und Jugendpsychiatrien zu einer regelrechten „Triage“ komme. Jakob Maske, der Sprecher des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) sagte im Mai: „Es gibt psychiatrische Erkrankungen in einem Ausmaß, wie wir es noch nie erlebt haben. Die Kinder- und Jugendpsychiatrien sind voll, dort findet eine Triage statt. Wer nicht suizidgefährdet ist und ‘nur’ eine Depression hat, wird gar nicht mehr aufgenommen.“
Sehen Sie sich in Ihrer Einschätzung bestärkt?**

Leider ja. Und viele Medien tragen daran eine Mitschuld. Soweit ich das mitbekommen habe, ist praktisch keines der meinungsbildenden, etablierten Medien auf die Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages im September 2020 eingegangen. Die psychosozialen Folgen der Corona-Maßnahmen für Kinder blieben monatelang weitgehend unbeachtet. Die vielen besorgniserregenden Probleme waren schon damals zu sehen. Die Kinderrechts-Expertin Claudia Kittel vom Deutschen Institut für Menschenrechte und ich haben im Bundestag darauf aufmerksam gemacht.

Zögerlich haben Medien dann irgendwann aber doch berichtet.

Es dauerte noch fast ein halbes Jahr. Erst im Frühjahr dieses Jahres haben Medien großflächig das Leiden der Kinder in den Blick genommen. Allerdings gilt es, auch daran Kritik zu üben.

Inwiefern?

Die Berichterstattung war verbunden mit der als Versprechen getarnten Erpressung, die Kinderrechte auf Bildung zurückzuerhalten, wenn die Kinder geimpft sind. Und kaum ein Medium hat sich damit wirklich selbstkritisch auseinandergesetzt – mit einer Ausnahme: Ausgerechnet Julian Reichelt in der BILD hat nach vielen Jahren ressentiment-geleiteter und hasserfüllter Beiträge tatsächlich einmal weitgehend den richtigen Ton getroffen.

Der Chefredakteur der Bild-Zeitung, Julian Reichelt, hat sich bei den Kindern entschuldigt und dabei auch die Berichterstattung der Medien kritisiert?

Reichelt bat auf BILD.de am 27. Mai sogar die 14 Millionen Kinder in Deutschland explizit „um Verzeihung für anderthalb Jahre einer Politik, die Euch zu Opfern gemacht hat. Zu Opfern von Gewalt, Vernachlässigung, Isolation, seelischer Einsamkeit. Für eine Politik und eine mediale Berichterstattung, die Euch bis heute wie Gift das Gefühl einflößt, Ihr wäret eine tödliche Gefahr für unsere Gesellschaft. Das seid Ihr nicht, lasst Euch das nicht einreden. Wir haben Euch zu schützen, nicht Ihr uns.“

Wie brutal die Folgen der Corona-Maßnahmen für Kinder waren, offenbare eine neue Polizeistatistik über Kindesmisshandlungen im letzten Jahr. Reichelt sagte dazu: „Es ist eine Statistik der Schande! Das beschämt uns als Gesellschaft“. Solche und ähnliche Worte waren in den letzten 15 Monaten leider nur sehr selten aus den Redaktionsstuben zu hören, zu lesen und zu sehen.

Da wir über die Medien sprechen: Wie haben Sie die Berichterstattung in der Pandemie wahrgenommen? Ist Ihnen noch etwas aufgefallen? Da gibt es zu viel, worüber man sprechen müsste. Ich möchte nur an die Reaktionen auf die Aktion #allesdichtmachen erinnern Die Schauspieler wurden hart angegangen.

Hart angegangen ist gut. Linksliberale Medien und Journalisten wie Stephan Hebel haben die Schauspieler kollektiv als „Brandstifter“ beschimpft. Damit konnte jegliche coronapolitik-kritische Position sofort als „rechts-offen“ und halb-faschistisch stigmatisiert werden. Wer also wissen will, wie es zu dieser unglaublichen monatelangen Ignoranz kommen konnte, muss sich auch mit Leuten wie Hebel auseinandersetzen, die bereits die kleinste ironisierende Darstellung aus dem Feld öffentlicher Meinungsbildung verdrängt

haben – mit bis heute gravierenden, auch beruflichen Konsequenzen für die Stigmatisierten.

Der Regisseur Dietrich Brüggemann hat in einem Beitrag im Tagesspiegel Stellung bezogen und beschrieben, wie weitreichend die Konsequenzen aus der „Berichterstattung“ waren.

Offensichtlich ist es nicht nur sofort zu Wünschen nach Berufsverboten für die Beteiligten gekommen, sondern manche Schauspieler haben seitdem mit ernsthaften beruflichen Konsequenzen à la Black-Lists und Vertragsauflösungen zu tun.

Jedenfalls: Die Tatsache, dass Herr Hebel in einer Kommission sitzt, die das jährliche Unwort des Jahres „kürt“, weist darauf hin, dass er in der Lage ist, zu unterscheiden. Ein Journalist wie Hebel ist fähig, die 50 Beiträge differenziert zu betrachten und zu sagen, welche Videos ihm aus welchem Grund nicht gefallen haben. Aber – und das hat er getan – alle Schauspielerinnen und Schauspieler als „Brandstifter“ abzutun? Dieser Beitrag der Frankfurter Rundschau war meiner Meinung nach einer der schlimmsten journalistischen Amokläufe im liberalen Milieu der letzten Jahre.

Selbst als Politiker begannen, den Schauspielern mit Berufsverboten in McCarthy-Manier zu drohen, hat das die große Mehrheit der anderen Medien aber offensichtlich nicht gestört. Die haben oft in die gleiche Kerbe geschlagen. Beim Berliner Tagesspiegel wurden gleich ganze Redaktionskollektive mit dem Nazi-Verdacht auf Verantwortliche von #allesdichtmachen gehetzt, sodass man – ob dieser Formen von Rufmord- und Lynch-Journalismus – bei Springer fast neidisch wurde und sich der arme Heinrich Böll mit seiner „Verlorenen Ehre der Katharina Blum“ geradezu im Grabe herumgedreht hätte, wenn er das nicht sowieso schon seit Jahren täte – angesichts einer nach ihm benannten Stiftung für Rüstungspropaganda und Russland-Bekämpfung.

Wer sich für einen demokratischen Rechtsstaat einsetzt, den oder die darf es indes genauso wenig kalt lassen, wenn mittels autoritär-bürokratischer und wahlweise geheimdienstlicher Methoden zivilgesellschaftliche Organisationen wie Attac oder die VVN, Medien wie die junge welt oder Ken.fm sowie Parteien wie die Basis oder die DKP in ihrer Existenz gefährdet werden. Um dafür sensibilisiert zu sein, muss man mit keiner der genannten Organisationen meinungsmäßig bzw. von der inhaltlichen Ausrichtung her übereinstimmen.

Zurück zu unserem eigentlichen Thema. Seit März 2020 ist viel Zeit vergangen. Wo es am Anfang noch Dunkelstellen gab, lässt sich heute klarer sehen. Welche Fehler wurden im Hinblick auf das Wohl der Kinder und Jugendlichen von politischer Seite aus Ihrer Sicht begangen?

Eine absurde Situation ist zu beobachten. Politiker, Medienmacher und Wissenschaftler, die sich seit mehr als einem Jahr so gut wie gar nicht für die Bedürfnisse und Rechte von Kindern und Jugendlichen interessierten, fordern nun mit großer Lautstärke deren sofortige Impfung. Begründung: Damit könnten die Kinder und Jugendlichen vorgeblich endlich wieder zum Beispiel ihr Kinderrecht auf Bildung wahrnehmen. Dieses Verhalten erscheint mir irgendwie suspekt.

Warum?

Erinnern wir uns, wie Journalisten und Politiker sich während der Pandemie an „der“ Wissenschaft ausgerichtet haben. Was von dort kam, sollte von uns Bürgern sozusagen als „Gesetz“ betrachtet werden. Was die Impfung von Kindern angeht, verhalten viele Politiker und Journalisten sich nun so, als ob sie über der Wissenschaft stünden. All die von wissenschaftlichen und medizinischen Sachverständigen und Fachgesellschaften geäußerten Bedenken zur Kinderimpfung werden abgetan. Politische Verantwortliche sowie manche Medien und einige Wissenschaftler wischen die geäußerten Bedenken und die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Bedarfen, Nutzen und Risiken von Kinder-Impfungen schlicht weg. Das halte ich für einigermaßen bedenklich.

Wer noch vor einem Jahr „Herdenimmunität“ als menschenfeindliches Unwort abtat, fordert sie nun bei der Kinder-Impfung ganz offen und explizit ein und gibt sogar zu, dass es ihm/ihr gar nicht um die Kinder dabei gehe. Deren Behandlung und die Kinder selbst sind wieder mal nur Objekte, ein Mittel zum Zweck: Instrumentalisierung pur! Das beobachte ich seit über einem Jahr. Erst durch organisierte Angstkampagnen, dann Maskenkampagnen, dann Testkampagnen und nun Impfkampagnen. Die subjektiven Bedürfnisse und Interessen der Heranwachsenden spielen bei alldem so gut wie keine Rolle.

Wie hätte Politik denn vorgehen sollen? Hätte es überhaupt Alternativen gegeben?

Natürlich gab es Alternativen. Beispiele sowohl in Europa als auch in anderen Teilen der Welt zeigen, dass die Prioritäten bezüglich der Kinder und Jugendlichen bei der Pandemiebekämpfung auch anders gesetzt werden können.

Was ist denn die deutsche Priorität?

Oft schien das Motto zu lauten: Bildung blockieren, Bundesliga, Biergärten, Baumärkte öffnen und Corona-Ignoranz in der Arbeitswelt durchhalten (siehe Tiertötungsindustrie, Hygienemaßnahmen im Betrieb, wo die Führung ins Home-Office geht und die Beschäftigten im Aerosole-Paradies des Großraumbüros und der Fabrikhallen verbleiben).

Wie sieht der Gegenentwurf aus? Was wurde in anderen Teilen der Welt besser gemacht?

Da müssen wir gar nicht weit in die Welt schauen. Bei aller Kritik auch am Vorgehen der französischen Regierung: Dort war der Umgang mit Kindern ein anderer.

Welcher denn?

„Frankreich stellt Schulen und Kitas über alles“, meldete die Tageszeitung DIE WELT am 26. April 2021. Wie die Süddeutsche Zeitung einen Monat vorher unter der Überschrift: „Da kann man was lernen“ berichtete, galt und gilt in Frankreich vom Präsidenten über den Premierminister bis zum Bildungs- und Gesundheitsminister eine fast umgedrehte Priorisierung aller Maßnahmen gegen Corona. Während in Deutschland viele Schulkinder der Mittelstufe noch zu Pfingsten 2021 fast ein halbes Jahr nicht mehr in die Schule gehen durften (nicht einmal mit Wechselunterricht), blieben Kitas und Schulen in Frankreich im Winter/Frühjahr 2020/2021 weitgehend geöffnet. Lieber wurden Ausgangssperren (für Erwachsene) verschärft und Bars sowie Restaurants geschlossen. „Schulen auf, Schulen zu – nicht in Frankreich und der Schweiz. Dort bleiben sie auch im Lockdown weitgehend geöffnet. Masseninfektionen bleiben trotzdem weitgehend aus“, hieß es auf Süddeutsche.de vom 23. März 2021.

Was ist in Deutschland los? Warum wurde dieser Weg beschritten? Haben Sie eine Vermutung?

Es erscheint schon zweifelhaft, dass über ein Jahr hinweg in der höchsten politischen Runde des Landes nur Virologen mit Physikern über die Gestaltung von Kitas und Schulen und Jugendhilfe diskutieren, während Ministerpräsidenten „Candy Crush“ und andere Computer Games auf dem Handy spielen. Mit anderen Worten: Das nicht-verfassungsgemäße Gremium der sogenannten Ministerpräsidenten-Konferenz mutierte zur mächtigsten politischen Entscheidungsinstanz im Land. In Notverordnungsmanier werden ohne gesetzgeberische Befugnis und ohne parlamentarische Integration alleine durch Verordnungen bei offensichtlich geistiger Abwesenheit mancher Teilnehmer Entscheidungen gefällt, die weitreichender kaum sein könnten. Die anwesenden Berater unterscheiden sich nur noch darin, ob sie den Regierungskurs unterstützen oder sogar dessen Verschärfung präferieren.

Wie soll unter diesen Umständen wenigstens noch ein gewisser Sachverstand hinsichtlich Kindeswohlvorrang-Prüfung und Kinderrechten gewährleistet werden?

Sie bemängeln also die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien?

Mindestens müsste die Familienministerin dabei sein und am besten auch Kinderärzte, Kindheitswissenschaftlerinnen, Kinderpsychologinnen, Pädagogen, Sozialarbeiterinnen, Soziologen und Erzieherinnen. Andernfalls werden das Kindeswohl sowie die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen weiterhin sträflich vernachlässigt.

Die Einseitigkeit der veröffentlichten und exekutierten Meinungen und Verordnungen im Frühjahr 2020 ist nicht zu leugnen.

Die Bundesfamilienministerin saß während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 nicht im Corona-Krisen-Kabinett und im Bundesland Hessen bestand das „Corona-Kabinett“ in den ersten Monaten nur aus Männern.

Kinder und Jugendliche wurden einfach nicht als systemrelevant betrachtet.

Wie wir wissen, erledigt nun die Bundesjustizministerin kommissarisch und quasi nebenbei die Aufgaben des Postens der Familienministerin. Alleine das spricht Bände, was die Wertschätzung der Bundesregierung für Kinder, Jugendliche, Frauen, Familien und Senioren angeht.

Was sollten Politiker nun für das Wohl von Kindern und Jugendlichen tun?

Wir brauchen ein „Aufholpaket“ für die versäumte Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik. Die Regierenden haben ihre Lücken aufzuarbeiten und ihren „Stoff“ aufzuholen. Die nun etwa für Hessens Schulkinder geplanten „Lern-Camps“ während der Ferien wären wahrscheinlich genau der richtige Ort für die Mitglieder des Bundeskabinetts und der Landesregierungen, um ihre jahrelangen Versäumnisse im Bildungsbereich aufzuarbeiten und schnellstmögliche Konzepte z.B. für Luftfilter in allen Bildungseinrichtungen zu entwickeln.

Die Kinder und Jugendlichen tragen dabei keine Schuld bzw. Verantwortung. Nachhilfebedarf ist somit zunächst einmal ein Armutszeugnis des Bildungssystems und nicht der Schülerinnen und Schüler.

Wie konkret müsste denn das „Aufholpaket“ aussehen? Haben Sie auch Zahlen?

In einem der reichsten Länder dieser Erde fehlen ca. 35 Milliarden EUR jährlich und seit Jahren als Investitionslücke nur für Schulgebäude (inkl. benutzbarer Hygienebereiche und Schulräume mit Waschbecken inkl. Seife). Die digitale Infrastruktur ist da noch nicht einmal

mitgerechnet. Nur mal zur Einordnung des sogenannten Aufhol-Pakets der Bundesregierung in Höhe von 2 Mrd. Euro: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) spricht von einem „Sanierungsstau an Schulen in Höhe von 44,2 Milliarden Euro, 9,7 Milliarden Euro an Kitas und rund 50 Milliarden Euro an Hochschulen“, der endlich aufgelöst werden müsse.

Der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit forderte schon 2015 eine deutliche Ausweitung der Schulsozialarbeit. Für 150 Schülerinnen und Schüler müsse mindestens eine Vollzeitstelle zur Verfügung stehen. Dazu müssten rund 62.000 neue Stellen geschaffen werden. „Die zusätzlichen Kosten für diesen Ausbau bezifferte der Verbund auf rund 3,6 Milliarden Euro jährlich.“ Zum Kampf gegen Kinderarmut und deren Verschärfung seit der Corona-Krise errechnet das Bündnis Kindergrundsicherung (2021) einen Bruttobedarf von ca. 113 Mrd. EUR und netto: 20,5 Mrd.

Die Universität der Bundeswehr in München hat übrigens ausgerechnet, dass eine vollständige Ausrüstung der deutschen Schulen mit Luftfiltern etwa ein Sechstel der Summe gekostet hätte, die der Bund allein in die Lufthansa gesteckt hat, also etwa 1,5 Mrd. Euro (vgl. Neue Presse v. 27.5.2021). Statt ausreichender Luftfilter-Ausrüstung gab es dann im letzten Jahr ausgiebige Militär-Aufrüstung um mehrere Milliarden Euro. Auch dies war sicherlich eine Prioritätensetzung. Dagegen ist das sogenannte Aufhol-Paket der Bundesregierung eine regelrechte Verhöhnung der Kinder und Jugendlichen, die aufzuholende Defizite praktisch nur bei ihnen sieht und nicht bei der Regierung.

In den Medien werden immer wieder Familien und Kinder gezeigt, die die Lockdown-Situation und die Maßnahmen mit Leichtigkeit meistern. In Beiträgen sieht man dann Symbolbilder, die Eltern mit ihren Kindern beim Homeschooling zeigen, wie sie in einem lichtdurchfluteten Raum an einem wohl nicht günstigen Massivholztisch sitzen. Als Betrachter denkt man sich: Sieht doch gut aus. Alles ist in Ordnung. Ist das wirklich die Realität?

In der Tat: Sah und hörte man im Fernsehen Kinder und ihre Perspektiven, so waren diese überwiegend mittelschichtsorientiert (oft saßen sie im Garten und hinter ihnen sah man sogar noch ein großes Trampolin). Selten ging es um Arbeiter- und Kassiererinnen-, Krankenschwestern-, Reinigungskraft- und Altenpfleger-Kinder. Und sozial benachteiligte Kinder und Familien wurden fast ausschließlich unter Kinderschutz-Kriterien betrachtet, als würden nur die Armen ihre Kinder misshandeln.

Die sozioökonomischen Sorgen der Familien in prekären Verhältnissen zum Beispiel nach Wegfall kostenloser Mittagessen in Kitas, Horten und Schulen für viele hunderttausende

Kinder waren monatelang praktisch gar kein öffentliches Thema. Da war und ist jeder Profi-Fußballverein und jeder millionenschwere Promi medienrelevanter als 13 Millionen Kinder und Jugendliche zusammen (übrigens auch hinsichtlich Hygienematerial, Masken-, Test- und Behandlungsmöglichkeiten, an die jeder Bundesliga-Club offenbar schneller herankam als alle Fachkräfte von Altenheimen und Jugend-Einrichtungen zusammen).

Im Fernsehen sehen wir Eltern, die sagen, dass ihre Kinder mit der Pandemie gut klarkommen und kein Problem damit haben, eine Maske zu tragen. Auch so entsteht der Eindruck: Im Grunde gibt es keine größeren Probleme.

Das mag ja auch für manche gelten, aber die mir zur Verfügung stehenden Daten sprechen in der Regel eine andere Sprache (obwohl sie fast alle nur digital ermittelt wurden und somit womöglich einen Mittelschichts-Bias besitzen, bei dem die besonders benachteiligten Kinder in Obdachlosigkeit, in Armut, in Flüchtlingsheimen, in sanktionierten Hartz-IV-Haushalten und mit technischen Mängeln nicht einmal ausreichend Berücksichtigung finden).

Verschiedene Studien und Stellungnahmen lassen sich bereits als Nachweise dafür nehmen, dass das Wohl von Millionen Kindern und Jugendlichen seit über 15 Monaten einer enormen Belastung und Beeinträchtigung ausgesetzt ist.

Was sagen die Studienergebnisse?

Die von Forscherinnen und Forschern der Universitäten Tübingen und Luxemburg durchgeführte internationale Studie COVID KIDS befragte mehrere tausend Kinder und Jugendliche in Brasilien, Deutschland, Luxemburg und der Schweiz im Alter zwischen 6 und 16 Jahren. Dabei ist herausgekommen, dass das Wohlbefinden und die Kontakttiefe mit Lehrpersonen während der Schulschließungen besonders bei Grundschulkindern besorgniserregend herabfiel. „Seit der Pandemie geht es Kindern und Jugendlichen in Deutschland deutlich schlechter. Gaben für die Zeit vor der Pandemie mehr als 95 Prozent der Befragten aus Deutschland an, mit ihrem Leben zufrieden oder sehr zufrieden gewesen zu sein, so waren dies für die Zeit während der Pandemie nur noch 53 Prozent“ (Universität Tübingen, 2020, S. 1). War diese drastische Abnahme von Lebenszufriedenheit für die Kindheitsforscherinnen und -forscher bereits dramatisch, so betonten sie zudem: „Ein besonders beunruhigendes Ergebnis ist, dass mehr als die Hälfte der befragten deutschen Grundschulkinder während der Schulschließungen vor den Sommerferien fast nie Kontakt zu ihren Lehrpersonen hatte.“ (ebd.)

Das klingt nach einem Albtraum.

Ja, und die psychosozialen Folgen der Corona-Krise sind laut Copsy-Studie (Corona und Psyche) der Hamburger Universitäts-Klinik Eppendorf (UKE) nicht übersehbar. Vor der Pandemie fühlte sich ein Drittel aller befragten Kinder und Jugendlichen „psychisch stark belastet“, seit der Corona-Krise sind es 71 Prozent. Schwerwiegende Anzeichen für das Leiden der Kinder gibt es mittlerweile viele.

Titelbild: Gargonia / Shutterstock